

Kalker Hauptstraße 247- 273

51103 Köln

Linke-BV8@stadt-koeln.de

DIE LINKE. Fraktion in der BV Kalk Kalker Hauptstraße 247- 273; 51103 Köln

Frau
Bezirksbürgermeisterin
Claudia Greven-Thürmer

Frau
Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang bei der Bezirksbürgermeisterin: 27.05.2020

AN/0687/2020

Änderungsantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 8 (Kalk)	28.05.2020, zu TOP 8.2.1 -Tischvorlage-

**Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens, Arbeitstitel: Kalker Hauptstraße/Wippermannstraße in Köln-Kalk (Vorlagen-Nr. 0966/2020)
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. vom 27.05.2020**

Sehr geehrte Frau Bezirksbürgermeisterin,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

der Beschlussvorschlag der Verwaltung ist mit den folgenden Maßgaben zu beschließen:

1. Dem Investor wird aufgetragen, zu 100 Prozent geförderte oder alternativ im bisherigen Verhältnis statt 70 Prozent freifinanzierte, dauerhaft im Preis gesenkte Wohneinheiten zu errichten.
2. Bei der Planung ist eine ausreichend breite Grünachse mit Wegeverbindung bis zum alten Kalker Friedhof an der Kapellenstraße vorzusehen und später auch zu realisieren. In diese kann die KiTa und der öffentliche Spielplatz integriert werden. Hierdurch kann die öffentliche Grünfläche in der geforderten Mindestgröße von 5.000 m² realisiert werden im Zweifel zu Lasten der Anzahl der Gesamtwohnfläche und des Profits.
3. Nicht nur den kommerziellen Nutzern sind Ersatzimmobilien anzubieten, sondern auch den diversen Akteuren der derzeitigen alternativen Nutzungen, wie für die Proberäume, Galerien und andere sozio-kulturelle Initiativen auf dem Gelände. Dies kann auch durch Integration in den neuen Baukörper erfolgen
4. Der Investor führt mit allen Nutzern Gespräche, um eine für alle Seiten gute Lösung des Nutzungskonfliktes zu finden.

Begründung:

Köln-Kalk hat mit 8.210 Einwohnerinnen/km² mehr als die doppelte Bevölkerungsdichte der Hauptstadt Berlin und ist rund dreimal so stark besiedelt wie die Stadt Köln im Durchschnitt. In den letzten 19 Jahren sind rund 4.000 Menschen zusätzlich nach Kalk gezogen; das entspricht ungefähr der Gesamteinwohnerzahl der Stadtteile Hahnwald und Immendorf zusammen, wo die Bevölkerungsdichte mit 688 Einwohnerinnen/km² (Hahnwald) beziehungsweise 394 Einwohnerinnen/km² (Immendorf) nicht mal ein Zehntel der Kalker Bevölkerungsdichte beträgt. Der Slogan „Kalk braucht Wohnungen“ wird allein dadurch ad absurdum geführt.

Auch die in der Vorlage genannte Infrastruktur in Kalk ist bereits über ihre Kapazitätsgrenzen hinaus belastet. Es herrscht sowohl nach wie vor ein ungelöster Schulnotstand, der mit dem neuen Schulentwicklungsplan bis zum Jahr 2030 fortgeschrieben wird, als auch eine Überlastung des ÖPNV und der allgemeinen Verkehrsflächen.

Was Kalk tatsächlich braucht, sind Freiflächen und Grünanlagen. Auch wenn damit kein unmittelbarer monetärer Profit zu erwirtschaften ist, ist der volkswirtschaftliche Nutzen unbestritten.

Die Erkenntnisse des aktuellen Kinderreports sind vor dem Hintergrund der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie umso mehr ein Leitfaden und auch Handlungsempfehlungen für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, was getan werden kann, um Spielen draußen für Kinder zu erleichtern und zu fördern. Im Freien spielen ist wichtig, finden Kinder und Erwachsene. Grundsätzlich meint eine große Mehrheit, es müsse mehr nahe gelegene Spielorte wie Spielplätze, Wiesen und Spielstraßen geben und die müssten besser erreichbar sein. Und das gilt für einen so dicht besiedelten Stadtteil wie Kalk ganz besonders.

"Gerade in Krisenzeiten dürfen wir die Interessen von Kindern und Jugendlichen nicht aus dem Blick verlieren", sagt Familienministerin Franziska Giffey (SPD), die die Vorstellung des Kinderreports unterstützte. Auch wir sind der Auffassung, dass die Gegenwart unserer Kinder, die Zukunft unserer Gesellschaft bestimmen wird.

Dass in den Anlagen zum Beschluss in Bezug auf die derzeitige Nutzung lediglich die kommerziellen Nutzungen genannt und weitere nicht näher benannt werden, ist bezeichnend für den Wert, den die Stadt Köln alternativen Wohn-/Kulturprojekten beimisst.

Der Auffassung, dass die Umsetzung des Bebauungsplanes voraussichtlich positive Auswirkungen auf den Klimaschutz hat, durch die Emission von Kohlenstoffmonoxid (CO), das durch Oxidation zum Klimaschadgas Kohlendioxid (CO₂) wird, muss widersprochen werden, da durch jeden Neubau mehr Klimaschadgas produziert wird, als durch den Erhalt und die Renovierung eines Alt-Gebäudes, insbesondere dann, wenn auf eine erneute Bebauung verzichtet und die Fläche stattdessen entsiegelt und begrünt würde. Das wäre eine der Maßnahmen, die ergriffen werden können, um dem Klimawandel entgegenzuwirken oder um der Anpassung an den Klimawandel zu dienen und die erst im weiteren Verfahren geprüft werden sollen, wenn eine erneute (Teil-) Versiegelung längst beschlossen wurde.

Mit freundlichen Grüßen



HP Fischer
Fraktionsvorsitzender

gez. Dr. Tanja Groß
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende